

24

JULI 2016

BILDUNG FÜR EUROPA

Journal der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung

Nationale Agentur
beim Bundesinstitut
für Berufsbildung

NABİBB
BILDUNG FÜR EUROPA



Nachgefragt bei
Martin Schulz

Demokratisches
Bürgerbewusstsein

NA Erwachsenenbildung
startet Social-Media-
Aktivitäten

Einmischen – was sonst.

Entdeckt Europa die
politische Bildung?

Impressum

Herausgeber:

Nationale Agentur Bildung für Europa
beim Bundesinstitut für Berufsbildung
(NA beim BIBB)

53142 Bonn

Tel.: 0228 107-1676

Fax: 0228 107-2964

E-Mail: infodienst@bibb.de

Internet: www.na-bibb.de

Verantwortlich: Klaus Fahle

Redaktion: Dr. Gabriele Schneider

Sigrid Dreissus-Meurer

Redaktionsassistentz: Diana Katsch

Redaktionsschluss: 01.06.2016

Bestellungen: Kostenlos über
www.na-bibb.de/service/publikationen

Erscheinungsweise: Halbjährlich

Auflage: 8.500

Gestaltung: Blueberry – Agentur für
Design & Markenkommunikation,
www.go-blueberry.de

Druck: Druckerei Engelhardt

Bildnachweis:

Shutterstock.com: Aaron Amat (Titel),
symbiot (S. 6), Opolja (S. 8), Felix Lipov
(S. 4, 15), Rawpixel (S. 4, 22)

Unsplash.com: Justin Luebcke (S. 4, 12),
Volan Olmez (S. 4, 14)

Für unverbindlich eingesandte Manus-
kripte, Bildmaterial und andere Unterla-
gen wird keine Haftung übernommen.
Artikel, die namentlich gekennzeichnet
sind, geben nicht unbedingt die Meinung
des Herausgebers wieder. Nachdruck mit
Quellenangabe gestattet. Belegexemplare
erbeten.

ISSN 1616-5837

Nationale Agentur
beim Bundesinstitut
für Berufsbildung

NABIBB
BILDUNG FÜR EUROPA

Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim
Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB)
besteht seit dem Jahr 2000 und arbeitet im Auf-

trag und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung. Sie ist Nationale Agentur für das EU-Bildungsprogramm
Erasmus+ im Bereich der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung in
Deutschland. Darüber hinaus nimmt sie zahlreiche europabezogene und inter-
nationale Aufgaben im Bereich der Berufsbildung und Erwachsenenbildung
wahr. Sie arbeitet eng mit der EU-Kommission sowie auf nationaler Ebene mit
Ministerien, Bundesländern, Sozialpartnern, Verbänden, Kammern, Unter-
nehmen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen zusammen.

www.na-bibb.de

www.erasmusplus.de



Erasmus+ Berufsbildung

Auslandsaufenthalte und
Bildungskooperationen im
europäischen Ausland.



Erasmus+ Erwachsenenbildung

Mobilität von Bildungspersonal
und Bildungskooperationen im
europäischen Ausland.



Nationales Europass Center

Kompetenzen mit dem Europass
verständlich darstellen – in ganz
Europa.



Europ. Agenda Erwachsenenbildung

Nationale Koordinierungsstelle –
europäische und nationale Themen
vernetzen.



EPALE

Electronic Platform for Adult
Learning in Europe: mehrspra-
chige Community-Plattform zum
Thema Erwachsenenbildung



Israel-Programm

Deutsch-Israelisches Programm
zur Zusammenarbeit in der
Berufsbildung.



IBS

Informations- und Beratungs-
stelle für Auslandsaufenthalte in
der beruflichen Bildung.

Liebe Leserinnen und Leser,



© NA beim BIBB

Klaus Fahle

Leiter der Nationalen Agentur Bildung für Europa
beim BIBB

Paris, Kopenhagen, Brüssel – diese Städte stehen für eine beispiellose Anschlagserie, die Toleranz, Dialog und eine freiheitliche Gesellschaft im Visier hatte. Europa wurde von den Attentaten erschüttert, erste Reaktionen betrafen Sicherheitsmaßnahmen und den Schutz vor terroristischen Akten. Wirksamer Schutz vor Intoleranz und Terrorismus verlangt aber mehr. In der Pariser Erklärung vom 17. März 2015 haben die europäischen Bildungsministerinnen und -minister sowie die Europäische Kommission deutlich gemacht, dass Bildung und Bildungspolitik einen maßgeblichen Beitrag zur Förderung von Toleranz, Weltoffenheit und Dialog leisten müssen und quasi das erste Mittel der Prävention sind. Hierbei spielt die politische Bildung, die auf europäischer Ebene lange Zeit kaum wahrgenommen wurde, eine zentrale Rolle. Das Programm Erasmus+ soll „durch Förderung der Mobilität von Schülern, Studierenden und Lehrenden, durch Strategische Partnerschaften und Kooperationsplattformen für Schulen sowie durch Dialog und gemeinsame Projekte von Politischer Bildung, Freiwilligenarbeit und Jugendaustausch“ hierzu beitragen, heißt es in der Pariser Erklärung. Hintergründe, Anregungen und Impulse, wie dies in der Praxis aussehen kann, finden Sie in diesem Journal.

Am 19. und 20. April führten die Nationalen Agenturen aus Deutschland gemeinsam die erste europäische Bildungskonferenz zum Thema Flüchtlinge durch. 300 Teilnehmende aus 24 Ländern suchten gemeinsam nach Strategien und Konzepten, Flüchtlinge in Bildung und Gesellschaft zu integrieren. Erasmus+ stellt dabei eine hervorragende Plattform für die europäische Zusammenarbeit und Kommunikation dar.

Kurz vor Drucklegung dieses Hefts hat das Vereinigte Königreich für einen Austritt aus der EU votiert. Dies ist ein schwerer Rückschlag für die europäische Integration, er wird wirtschaftliche Spuren hinterlassen und die Menschen nicht näher zusammenbringen, dies ist zumindest sicher. Niemand weiß, welche negative Dynamik diese Entscheidung auslösen kann. Das Vereinigte Königreich ist eines der wichtigsten Partnerländer für Deutschland in Erasmus+, insbesondere im Bereich der Mobilität. Was bedeutet der Brexit für Erasmus+? Der Austritt des Vereinigten Königreichs wird wirksam, wenn ein Abkommen ausgehandelt ist oder zwei Jahre nach der Mitteilung zum Austritt, wobei diese Frist einvernehmlich verlängert werden kann. Ab dem Tag des Austritts gelten die EU-Verträge für das Vereinigte Königreich nicht mehr. Für bereits genehmigte Erasmus+-Projekte mit dem Vereinigten Königreich ändert sich mit dem Austritt jedoch nichts.

Ihr

Klaus Fahle

15_Blick nach Norwegen: Staatsbürgerkunde für Migranten



06_Interview



12 _ NECE – Networking European Citizenship Education



22_Europäische Konferenz „Erasmus+ and Refugees“



Inhalt_Nr 24

Schwerpunkt: Einmischen – was sonst. Entdeckt Europa die politische Bildung?

- 06 Interview mit Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments**
zur Bedeutung von politischer Bildung und Erasmus+ im Kampf gegen Radikalisierung
- 08 Demokratisches Bürgerbewusstsein und Inclusive Citizenship Education**
Herausforderungen der Europäischen Zivilgesellschaften
- 11 Politische und gesellschaftliche Bildung im Programm Erasmus+**
Für ein friedliches Zusammenleben in Europa
- 12 Internationaler Austausch als Impuls zur Weiterentwicklung politischer Bildung**
NECE – Networking European Citizenship Education
- 15 Blick nach Norwegen:**
Staatsbürgerkunde als Starthilfe für erwachsene Migranten
- 17 Good Practice:**
Towards Peace
- 18 Good Practice:**
ICYC – I City You City – I See You See
- 19 Good Practice:**
PRIME – Forschen statt Bange machen
- 20 Good Practice:**
Politiklehrerfortbildung zur nachhaltigen Vermittlung europäischer Bürgerschaftskompetenzen (PEB)

Erasmus+

- 21 Henk van Liemt, Bundesministerium für Bildung und Forschung:**
„Auslandsaufenthalt muss spürbaren Mehrwert bieten“
- 22 Erste europäische Konferenz zur Integration von Flüchtlingen**
„Education, Participation, Integration – Erasmus+ and Refugees“
- 24 Antragsrunde 2016 in Erasmus+**

Weitere Bildungsthemen

- 25 Zusammen mit der Community wachsen**
Die Social-Media-Accounts im Bereich Erwachsenenbildung der NA beim BIBB
- 26 Info-Splitter**

Nach den jüngsten Terroranschlägen sowie im Zuge eines zu beobachtenden zunehmenden Rechtsradikalismus in ganz Europa hat die Politik gemeinsame europäische Werte beschworen und einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhang gefordert. Werte wie Menschenwürde, Meinungsfreiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit sollen u.a. durch die Programme und Aktionen der Europäischen Union im Bildungsbereich unterstützt werden.



© European Union

Dialog und ein „erfahrbares“ Europa

Martin Schulz

Präsident des Europäischen Parlaments

Präventivmaßnahmen gegen Radikalisierung
Interview mit Martin Schulz, MdEP

Herr Präsident, in den 1970er Jahren wurde das „Europa der Bürger“ zu einem politischen Ziel der damaligen Europäischen Gemeinschaft. In den vergangenen Jahren sind Nationalismus, Intoleranz und Abschottung jedoch wieder auf dem

Vormarsch. Was muss Europa anders machen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger wieder als Europäer verstehen?

Martin Schulz: Ich teile die Analyse, dass sich viele Menschen von Europa abwenden

oder der EU mit Desinteresse und Gleichgültigkeit begegnen, weil ihnen Europa als zu abstrakt, als zu weit weg erscheint, als eine Macht, auf die der Einzelne keinen oder nicht ausreichend Einfluss nehmen kann und die sich schlicht in zu viele

Lebensbereiche der Menschen einmischt. Eigentlich sind wir in einer Situation, in der wir die europäische Zusammenarbeit in einigen Bereichen vertiefen müssten, in der wir also mehr Europa brauchen. Und genau in dieser Situation ist die Zustimmung zur EU auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Idee Europas, nämlich, dass Völker und Staaten zusammen arbeiten, um über Grenzen hinweg in gemeinsamen Institutionen gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen, weil sie gemeinsam stärker sind als allein - diese Idee wird von der überwältigenden Mehrheit der Menschen unterstützt. Aber immer weniger Menschen verbinden diese Idee mit der EU wie sie sich heute präsentiert. Wir müssen deshalb die EU reformieren und verbessern, wenn wir die Idee von Europa verteidigen wollen.

Ganz sicher muss die EU lernen sich mehr zurückzunehmen. Sie soll und darf nicht alles regeln, sondern sie muss sich auf das Wesentliche und die großen Fragen konzentrieren und die Dinge regeln, die sie besser macht als der Nationalstaat. Was lokal, regional oder national geregelt werden kann, soll auch dort entschieden werden. Im Umkehrschluss heißt dies jedoch auch, dass in den Hauptstädten eingesehen werden muss, dass kein Land alleine die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen kann. Überall da, wo der Nationalstaat offensichtlich an Grenzen stößt, müssen wir der EU dann auch die Mittel an die Hand geben, um effektiv zu handeln, etwa im Bereich der weltweiten Handelsbeziehungen, beim Kampf gegen die Spekulation, gegen Steuerflucht und gegen Steuervermeidung, bei der Bekämpfung des Klimawandels, im Bereich der Migrationsfragen oder bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.

Zudem hat das über Jahre praktizierte Spiel der nationalen Regierungen Spuren hinterlassen: Erfolge reklamieren Berlin, Paris oder Warschau für sich, Misserfolge werden auf Brüssel geschoben. Oder anders gesagt: Der Erfolg ist national, der Misserfolg europäisch. Bei aller Kritik an der EU dürfen wir deshalb eines nicht vergessen: Die EU ist nur so stark und erfolgreich, wie ihre Mitglieder sie stark und erfolgreich sein lassen. Richtig ist, dass wir die EU demokratischer, transparenter und effektiver machen müssen. Ein ganz zentrales Element dabei ist ihre weitere Demokratisierung. Die Europa-

wahl 2014 kann hier mit Fug und Recht als ein Meilenstein für die europäische Demokratie angesehen werden. Diesen Weg müssen wir weitergehen.

Das europäische Programm Erasmus+ ist ein Instrument, um u.a. bürgerschaftliches Engagement in Europa zu fördern. Welchen Stellenwert gewinnt nach Ihrer Einschätzung die europäische Bildungs- und Jugendzusammenarbeit im Kampf gegen eine zunehmende Radikalisierung?

Schulz: Die Zusammenarbeit in der Bildungs- und Jugendpolitik hat einen außerordentlich hohen Stellenwert im Kampf gegen Extremismus und Radikalisierung. Egal ob es sich um politisch oder religiös motivierte Fanatiker handelt: Es gibt eine Waffe, mit der Terrorismus und Radikalisierung bereits im Vorhinein geschlagen werden können: den Dialog. Wenn junge Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Religionen sich austauschen und mit- und voneinander lernen, dann ist das ein sehr wichtiger Schritt, um der Entstehung von Vorurteilen vorzubeugen und somit eine Radikalisierung bereits im Vorfeld zu vermeiden. Hier leisten Projekte wie die, die durch Erasmus+ gefördert werden, einen wichtigen Anteil zur Völkerverständigung und damit zu einem friedlichen und toleranten Europa.

In den vergangenen Jahren rückte Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktrelevanz immer stärker in den Fokus der europäischen Prioritätensetzung im Bereich der Bildung, nun wird der politischen Bildung (civic education) wieder mehr Bedeutung eingeräumt. Wie viel politische Bildung benötigen wir angesichts der aktuellen Herausforderungen?

Schulz: Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Grundprinzipien unseres politischen Systems, ihre Grundrechte und Bürgerpflichten kennen, um an politischen Entscheidungen teilhaben zu können. Die Wahlerfolge populistischer Parteien in ganz Europa zeigen deutlich, dass einfache Antworten auf komplexe Probleme verfangen. Parteien wie die AfD versprechen ihren Wählerinnen und Wählern alles anders zu machen als die derzeitige Regierung. Jedoch bieten sie kein wirkliches Konzept, sie ha-

ben für alles einen Sündenbock, aber für nichts eine Lösung. Wenn sich die Wählerinnen und Wähler deren Parteiprogramme aufmerksam durchlesen, fällt ihnen sehr schnell auf, dass es sich dabei um eine „Mogelpackung“ handelt. Diese Parteien nutzen die Ängste und Sorgen in der Bevölkerung dazu aus, ihre eigenen völkischen Anschauungen durchzusetzen – und hier lauert eine große Gefahr. Damit die Menschen nicht in die Falle dieser Konjunkturritter der Angst tappen, brauchen sie das entsprechende Wissen um die Abläufe in der Politik – politische Bildung eben.

Wir erleben ja auch eine Entfremdung vieler Menschen von der Idee der europäischen Einigung, Europa wird eher als Teil des Problems denn als Lösung wahrgenommen. Welchen Beitrag kann ein Programm wie Erasmus+ leisten, damit Europa wieder mehr Zustimmung erhält?

Schulz: In der Tat verbinden viele Bürger die EU heute leider oft zuerst mit einem bürokratischen Apparat, mit Brüsseler Technokraten und Regulierung. Tatsächlich haben die europäischen Institutionen unserem Kontinent seit nunmehr 70 Jahren Frieden, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat kein Mitgliedsstaat mehr auf einen anderen geschossen. Das ist einmalig in der Geschichte Europas und meiner Meinung nach eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften überhaupt. Die europäische Einigung wurde vorangetrieben, weil die Gründergeneration eines wusste: Wenn wir Europäer uns untereinander zerstritten, dann erging es allen schlecht - wenn wir Europäer aber zusammenstanden, dann war das gut für alle. Das Erasmus+-Programm leistet für dieses Bewusstsein einen wichtigen Beitrag, indem es die allgemeine und berufliche Bildung auf Ebene der Schulen, Hochschulen, der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der Erwachsenenbildung sowie den Sport europaweit fördert und durch internationale Austauschprogramme Europa für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbar macht.

Die Fragen stellte Dr. Gabriele Schneider.



Vor dem Hintergrund terroristischer Angriffe und rechtsextremistischer Gewalt haben die Bildungsministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten im März 2015 eine "Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung" verabschiedet. Die Erklärung ruft zu gemeinsamen Bemühungen der Bekämpfung von Marginalisierung, Intoleranz, Rassismus und Radikalisierung auf. Ein breit verankertes demokratisches Bürgerbewusstsein wird in der Erklärung als zentrale Voraussetzung benannt, den Pluralismus der europäischen Gesellschaften langfristig schützen zu können. Als das wichtigste Ziel von Bildung fasst die Pariser Erklärung damit die Stärkung bürgerschaftlicher Kompetenzen.

Demokratisches Bürgerbewusstsein und Inclusive Citizenship Education

Herausforderungen der europäischen Zivilgesellschaften



© Privat

Prof. Dr. Dirk Lange

Professor für Politische Bildung am Institut für Politische Wissenschaft und Direktor des Instituts für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover

[D]ie demokratische Zivilgesellschaft steht vor neuen Herausforderungen: Prozesse der sozialen Exklusion und einer wachsenden sozialen Ungleichheit nehmen zu. Rechtspopulistische und religionsfundamentalistische Positionen gewinnen an Attraktivität.

Wenn von „Active Citizenship“, oder - in Anlehnung an das Dokument „Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen“ (Rat der Europäischen Union) - von „Bürgerkompetenz“ gesprochen wird, ist im bildungspolitischen Diskurs der EU das normative Ideal eines europäischen Bürgers oder einer europäischen Bürgerin umrissen, die sich kompetent und eigenaktiv in Politik und Zivilgesellschaft engagiert. Unabhängig der unterschiedlich akzentuierten Termini geht es dabei um einen gemeinsamen Kern: Die Individuen durch Demokratiebildung zu einer kritischen und reflektierten Beurteilung aktueller Problemlagen und zu einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Prozess zu befähigen.



© Privat

Dr. des. Inken Heldt

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich AGORA Politische Bildung der Leibniz Universität Hannover

Dabei ist eine kritisch-reflektierte Partizipation in Politik und Gesellschaft von einer instrumentellen Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger „von außen“ zu unterscheiden. Die Pariser Erklärung stützt sich auf eine gemeinsame Überzeugung: Die demokratische Grundorientierung einer Gesellschaft ist kein abschließend fixierter Sachverhalt, sondern muss sich immer wieder neu entwickeln, erproben und bewähren. Andernfalls können sich demokratische Werte verflüchtigen. Die europäischen Grundwerte – Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte – sind nichts Naturgegebenes, sondern sie sind von Menschen erkämpft und beschlossen worden, und sie befinden sich in einem immerwährenden Prozess der Weiterentwicklung und Infragestellung.

Der Dreh- und Angelpunkt in jeder Demokratie sind mündige Bürgerinnen und Bürger, d.h. selbstreflexive Menschen mit demokratischer Urteils-, Kritik- und Handlungskompetenz. Die Entwicklung dieser demokratischen Kompetenzen - also etwa

der Bereitschaft, persönlich Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen - ist von subjektiven Einstellungen und habituellen Fähigkeiten abhängig. Diese werden in formalen und non-formalen Bildungsarrangements und politischen Sozialisationsprozessen erlernt. Ein demokratisches Bürgerbewusstsein ergibt sich nicht zufällig oder „von allein“, sondern ist das Ergebnis einer bewussten Auseinandersetzung mit der politisch-sozialen Wirklichkeit. Zu einer solchen Auseinandersetzung muss in intentionalen Lehr- und Lernprozessen angeregt werden. Bildungsangebote sind gefragt, die gesellschaftsprägende Dynamiken, z.B. Globalisierung, Flüchtlingsbewegungen und Europäisierung, aufgreifen und in ihrer Bedeutung für den Einzelnen und das Gemeinwesen verständlich machen.

Diversität bejahen und eine konstruktive Streitkultur fördern

Eine demokratische Bildung zielt auf Zivilcourage gegen antidemokratische und menschenfeindliche Strömungen sowie auf zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen totalitäre Regime. Sie nimmt Gefährdungen in den Blick, die entstehen, wenn Menschenrechte und Grundwerte im Namen von Mehrheiten oder zugunsten partikularer Interessen(gruppen) beschränkt oder relativiert werden. Es geht um ein Verständnis von Vielfalt, in dem Formen der Exklusion, der Diskriminierung und des Rassismus effektiv begegnet wird. Als ein explizites Thema müssen deshalb etwa die ausgrenzenden und rassistischen Denkweisen in der „Mitte“ der Gesellschaft behandelt werden, und mit ihnen die alltäglichen Vorgänge, die zur Normalisierung der Ausgrenzungsprozesse bestimmter Personengruppen beitragen. Im Sinne einer *inclusive citizenship education* wird

Exklusion nicht als ein Ausschluss aus der Gesellschaft verstanden, sondern vielmehr als eine Ausgrenzung in der Gesellschaft. Der Anspruch lautet, Diversität und Differenz einerseits als Normalität anzuerkennen. Zugleich geht es um die Förderung des Bewusstseins dafür, dass gesellschaftliche Differenzlinien sozial konstruiert und mit ungleichen Zugängen zu Ressourcen und mit unterschiedlichen Ausgrenzungserfahrungen verbunden sind. Damit wendet sich eine inklusive Demokratiebildung gegen eine Verengung des Bildungsauftrages auf die Förderung individueller und sozialer Kompetenzen. Gleichmaßen müssen die wirkmächtigen übergreifenden Strukturen und gesellschaftlichen Machtasymmetrien und ihre Gestaltbarkeit sowie Alternativen als Bildungsauftrag gefasst werden. Dabei wird deutlich: Der gesellschaftliche Gestaltungs-

einzelösen sind. Die oben skizzierten Ziele und Facetten eines demokratischen Bürgerbewusstseins verstehen sich als Anregung für die Reflexion und Weiterentwicklung pädagogischer Arbeit, indem Kategorien und Aspekte vorgestellt werden, mit denen die eigene Praxis auf die Förderung demokratischer Kompetenzen befragt werden kann. Für die Verwirklichung einer demokratischen Gesellschaft braucht es konkrete inklusive Praxen von demokratischem Handeln. Diese sind die Triebfeder demokratischer Prozesse. Unabhängig konkreter inhaltlicher Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Projektträger und Konsortien bieten die Maßnahmen und Aktivitäten des Erasmus+-Programmes die Gelegenheit, wichtige demokratische Reflexionsprozesse zu befördern und einen Beitrag zur demokratischen Orientierung der Teilnehmerin-

weite, Bezogenheit und in ihrem Abstraktionsgrad auf die Eigenheit der jeweiligen Lerngruppe anzupassen. Zielgruppenübergreifend ist als Ausgangspunkt das Bürgerbewusstsein der Beteiligten relevant, also die bereits bestehenden Wertüberzeugungen und Vorstellungen der Individuen. Ein Bottom-Up-Ansatz bringt bestehende Vorstellungswelten über die politisch-soziale Wirklichkeit zur Sprache und macht diese dadurch einer Weiterentwicklung zugänglich.

Selbstreflexion als Ausgangspunkt

Auch für die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von Bildungsarbeit sind Prozesse der Selbstreflexion – im Sinne eines ‚sich bewusst sein‘ hinsichtlich eigener unhinterfragter Vorannahmen und ihre (unbeabsichtigten) Auswirkungen auf das eigene (pädagogische) Handeln – ein sinnvoller Ausgangspunkt der Bildungspraxis. Daran anknüpfend kann die Frage aufgegriffen werden, wie es Lernenden und Lehrenden ermöglicht werden kann, eigene unbewusste Positionierungen leichter selbstreflexiv wahrzunehmen und im Sinne einer demokratischen Gestaltung handelnd und mitbestimmend aufzugreifen.

„Um die Demokratie wurde und wird gestritten.“

prozess verläuft nicht harmonisch, sondern in der Regel konflikthaft. Um die Demokratie wurde und wird gestritten. Deshalb sind das Konfliktlernen und das Lernen am Konflikt Kernelemente der Demokratiebildung. Argumentieren, Debattieren, Kritisieren und der Austrag von Konflikten ist ein wesentliches Element demokratischer Kompetenz.

Erasmus+ stellt Praxisbezug her

Worin liegt nun die konkrete Chance des Erasmus+-Programmes zur Förderung eines aktiven demokratischen Bürgerbewusstseins? Unsere These lautet, dass die Ansprüche der Demokratiebildung nicht allein von spezialisierten Trägern Politischer Bildung

nen und Teilnehmer zu leisten. Dazu bieten sich Mobilitätsmaßnahmen von Lernenden und Lehrenden ebenso an wie Strategische Partnerschaften, wie Projekte der Freiwilligenarbeit und des Jugendaustausches. Eine inklusive Projektpraxis meint dabei zum einen die Berücksichtigung der Frage, welche Erfahrungen, Handlungen und Lernprozesse die Individuen vollziehen könnten, um demokratisches Denken und Handeln erhalten und stärken zu können. Eine inklusive Projektpraxis betrifft zum anderen die Prozessorganisation selbst, also die Frage der Einbeziehung der durch Ausgrenzung möglicherweise betroffenen Gruppen. Die konkreten Lehr- und Lernimpulse sind je nach Projekt und Maßnahme in ihrer Reich-

INFO +

Weitere Infos finden Sie unter:
www.ipw.uni-hannover.de/agora

Fachgespräch „Politische Bildung“

Am 18.04.2016 fand in der Vertretung der Kultusministerkonferenz in Berlin das Fachgespräch "Politische Bildung – (k)ein Thema für die Weiterbildung?" statt. Dort diskutierte der Arbeitskreis Weiterbildung der Kultusministerkonfe-

renz die zunehmende Bedeutung politischer Bildung sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Hintergrund ist die gemeinsame Erklärung der europäischen Bildungsminister zur politischen Bildung (Pariser Erklärung). Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der NKS Europäische Agenda für Erwachsenenbildung statt. Die Dokumenta-

tion finden Sie auf der Website der NKS Agenda unter der Rubrik „Veranstaltungen“.

<http://www.agenda-erwachsenenbildung.de/>

Politische und gesellschaftliche Bildung im Programm Erasmus+

Für ein friedliches Zusammenleben in Europa



© NA beim BIBB

Torsten Schneider

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team Erwachsenenbildung, Transparenz von Qualifikationen in der NA beim BIBB

[D]ie sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland weist auf zunehmendes politisches Desinteresse hin. Begleitet wird dieser Trend, ähnlich wie in vielen weiteren europäischen Staaten, von einem Erstarken rechtspopulistischer bis -radikaler Bewegungen und Parteien. Fremdenfeindliche Gewalttaten haben in Deutschland im letzten Jahr signifikant zugenommen. Die Tendenz zur Radikalisierung findet überdies im Zulauf junger Menschen zu religiös-fundamentalistischen Bewegungen und den sich häufenden islamistischen Terroranschlägen in Europa ihren Ausdruck.

Politische und gesellschaftliche Bildung, die im europäischen Programm Erasmus+ einen Schwerpunkt darstellt, spielt als Mittel gegen Radikalisierung eine Schlüsselrolle, indem sie gemeinsame europäische Werte vermittelt, soziale Integration fördert und interkulturelles Verständnis sowie das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft unterstützt. Mit Erasmus+ sollen über die

Förderung transnationaler Projekte Maßnahmen entwickelt und durchgeführt werden, die Menschen in Europa Lernen für Demokratie und Zivilgesellschaft ermöglichen.

So können in der Leitaktion 1 Einrichtungen ihr Bildungspersonal zur Weiterbildung ins Ausland entsenden, um deren Kompetenzen im Umgang mit kultureller, sozialer und sprachlicher Vielfalt zu fördern. Im Rahmen dieser Aktion sind Aufenthalte bei Partnerinstitutionen zu Lehr- und Lernzwecken sowie Fortbildungen möglich. Die Aktion bietet überdies Auszubildenden die Möglichkeit für berufliche Lernaufenthalte im europäischen Ausland.

In Leitaktion 2, den Strategischen Partnerschaften, sind Entwicklung und Transfer innovativer Methoden sowie der Austausch guter Praxis möglich, darunter fallen z.B. Konzepte

- zur Förderung sozialer, zivilgesellschaftlicher und interkultureller Kompetenzen sowie der Medienkompetenz,
- zum Abbau von Diskriminierung und
- zur Stärkung der Kompetenzen des Bildungspersonals im Umgang mit Vielfalt und heterogenen Gruppen.

Begriffsbestimmung

Förderfähige Projekte müssen einen klaren Bezug zu den allgemeinen Zielen und den Prioritäten der Leitaktionen des Programms aufweisen, aus denen sich folgende Definition von politischer und gesellschaftlicher Bildung ableitet:

Sie beinhaltet alle Formen des Lernens, die den Aufbau und die Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Kompetenzen zum Ziel haben. Diese um-

fassen alle Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, gesellschaftliche und politische Prozesse zu verstehen, kritisch zu beobachten und sich aktiv dazu zu verhalten. Überdies betrifft politische und gesellschaftliche Bildung in Europa alle sozialen und interkulturellen Kompetenzen mit direktem Bezug zur Verwirklichung einer europäischen Gesellschaft, die sich durch starken gesellschaftlichen Zusammenhalt, Vielfalt und allgemeine Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität auszeichnet.

Politische und gesellschaftliche Bildung untergliedert sich in vier Themenbereiche:

- Bildung für Demokratie/Radikalisierungsprävention
- europäische Werte als Grundlage für ein Zusammenleben in Vielfalt
- gesellschaftliche Mitgestaltung
- Medienkompetenz sowohl in Hinblick auf die kritische Verarbeitung von Informationen als auch die Nutzung von Medien als Instrument der gesellschaftlichen und demokratischen Mitgestaltung

Die in vielen EU-Ländern ähnlichen Probleme verdeutlichen die Notwendigkeit zur Entwicklung von Maßnahmen in europäischer Kooperation. Deshalb motivieren wir dazu, die Möglichkeiten von Erasmus+ zu nutzen, um mit europäischen Partnern in Austausch zu treten bzw. gemeinsam innovative Ansätze zu erarbeiten, um den gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.



Terrorismus, Flucht vor Krieg und Armut, ökonomische Krisen, Polarisierung der Gesellschaften sowie das Erstarren populistischer Bewegungen haben in jüngster Zeit das Interesse an politischer Bildung auch auf Ebene der EU wieder verstärkt. Wie kann politische Bildung den genannten Herausforderungen gerecht werden und adäquat auf Problemlagen reagieren, deren Ursachen, Wirkungen und Bearbeitungsmöglichkeiten sich längst nicht mehr ausschließlich auf den jeweils nationalen Kontext zurückführen lassen?

Internationaler Austausch als Impuls zur Weiterentwicklung politischer Bildung

NECE – Networking European Citizenship Education



© Bundeszentrale für politische Bildung

Petra Grüne

leitet bei der Bundeszentrale für politische Bildung den Fachbereich Veranstaltungen und ist zuständig für NECE.

[S]pätestens die Entwicklung der letzten Jahre hat die Notwendigkeit deutlich gemacht, zunehmend europäische und internationale Entwicklungen in den Blick zu nehmen und sich nicht allein auf den Nationalstaat als Referenzrahmen zu beziehen. Die Fähigkeit aus einer transnationalen Perspektive zu denken, zu urteilen und zu handeln ist heute eine wichtige Kompetenz von Bürgerinnen und Bürgern in einer interdependenten Welt. Konzepte von European- und Global- oder Cosmopolitan Citizenship müssen daher verstärkt reflektiert werden und in die Bildungspraxis Eingang finden. Eine Möglichkeit, diesen Prozess voranzutreiben liegt in der Schaffung einer internationalen Fachöffentlichkeit politischer Bildung und in der Vernetzung ihrer Akteure.

Mit europäischen Partnern hat daher die Bundeszentrale für politische Bildung 2004 eine Plattform zum europaweiten Austausch in der

politischen Bildung geschaffen: NECE – Networking European Citizenship Education. Bei NECE handelt es sich nicht um ein institutionalisiertes Netzwerk, sondern um einen Prozess, der allen Interessierten offen steht. In unterschiedlichen Foren wie z.B. Konferenzen und sogenannten Fokusgruppen werden Menschen und Institutionen zusammengebracht, um über gemeinsame Herausforderungen für Gesellschaft und politische Bildung zu diskutieren und Handlungsoptionen zu eruiieren. Aus diesen Treffen entstehen dann Verbindungen, längerfristige Netzwerke und konkrete Projekte. Dabei werden in mehrerer Hinsicht Grenzen überschritten, weil sich Akteure aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, staatlichen und nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen, Wissenschaft und Regierungsorganisationen oder Menschen unterschiedlicher politischer Haltungen begegnen. Auch europäische Netzwerke, die sich mit politischer Bildung beschäftigen, wie z.B. D:A:R:E, Euroclio, EAEA oder die European Alternatives, beteiligen sich an den NECE-Aktivitäten. Herzstück ist die jährliche Konferenz, an der seit 2012 auch Akteure aus den südlichen Mittelmeeranrainern sowie seit 2015 Akteure aus Ländern der östlichen Partnerschaft der EU und damit Menschen aus über 40 Ländern eingebunden werden.

Projekte kennenlernen, Kooperationspartner finden

Im Rahmen der NECE-Konferenz 2015 wurde u.a. „Sharing History – Cultural Dialogues“, ein Projekt von EUROCLIO, vorgestellt, in dessen Rahmen historische Bildner aus Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien und der Ukraine gemeinsam ein kritisches Geschichtsbuch erstellt haben.

„Vote Match Europe“ ist aus einer NECE-Fokusgruppe entstanden. Hier haben sich

Akteure aus 14 Ländern im Vorfeld der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament zusammengeschlossen, um auf einer gemeinsamen Plattform die jeweiligen Wahl-O-Maten, digitale Instrumente, mit denen man eigene Standpunkte mit denen der zur Wahl stehenden Parteien vergleichen kann, zugänglich zu machen. Der Zusammenschluss bot einen Einblick in die jeweils zentralen Wahlkampfthemen. Zusätzlich hat eine Auswahl gemeinsamer Thesen in allen Wahl-O-Maten ermöglicht, nicht nur zu erfahren, welche Partei im eigenen Land am stärksten mit der eigenen Meinung übereinstimmt, sondern auch, wie das Ergebnis aussehen würde, wenn man in einem anderen Land zur Wahl ginge. Neben Austausch über inhaltliche und technische Details sogenannter Voting Advice Applications und der Möglichkeit, gemeinsam europäische Fördermittel zu akquirieren, hat sich mittlerweile auch ein Netzwerk von Wissenschaftlern, die über Wirkung und Beteiligung an diesem Instrument forschen, herausgebildet.

Gemeinsame Themen und Strategien entwickeln

Wie gestalte ich inklusive politische Bildung und erreiche Gruppen, die gemeinhin als ‚schwer erreichbar‘ für die politische Bildung gelten? Das ist ein Thema, das in allen europäischen Ländern gleichermaßen von Relevanz ist. Die NECE-Fokusgruppe „Hard-to-reach learners“ bringt Praktiker/-innen und Forscher/-innen zusammen, um die aktuelle Situation auszuwerten und innovative Praktiken zu entwickeln, die Zugang zu politischer Bildung für alle ermöglichen. Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist das Hinterfragen und Bewusstmachen der eigenen Sichtweisen und Konzepte. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für

die Erweiterung von Perspektiven über die Grenzen persönlicher, kultureller und nationaler Prägung hinweg. Was bedeutet Freiheit, Würde, Teilhabe?

Die Fokusgruppe zu „Concept Learning“ hat Methoden entwickelt über die Auseinandersetzung mit Konzepten, Kooperation mit anderen zu ermöglichen – ungeachtet empfundener oder erfahrener Unterschiede. „Ich schätze es sehr, dass ich damit angefangen habe, die Konzepte, von denen ich täglich Gebrauch mache, zu hinterfragen. Es hat mir Möglichkeiten eröffnet zu erkennen, wie Konzepte genutzt werden, um Menschen zu mobilisieren – sogar in der Bildung. Auf der anderen Seite macht uns der Gebrauch von Konzepten in gewisser Weise zum Teil der sich stets wandelnden Gesellschaft und befähigt uns, diese zu beeinflussen,“ so das Fazit eines Teilnehmers.

tische Entwicklungen zurückführen lassen. Dem gegenüber steht die Überzeugung, dass unabhängige politische Bildung zur Bewahrung und Stärkung der Demokratie eine Daueraufgabe ist, die kontinuierlich abgesicherte Strukturen erfordert. Die Vernetzung unterschiedlicher Akteure auch über Landesgrenzen hinweg bietet neue Möglichkeiten, sich für dieses Anliegen stark zu machen. Stimmen können gebündelt und Anforderungen mit Entscheidungsträgern oder wichtigen Fürsprechern diskutiert werden. Andererseits kann allein aus Erfahrungsaustausch, Kooperation und dem Rückhalt einer starken internationalen Community die Stärkung von Akteuren politischer Bildung erwachsen.

Die Fokusgruppe „Exchange between Europe and North Africa“ baut auf diese Effekte. Aus

worden, die ebenfalls aus der Fokusgruppe erwachsen ist. Der Austausch mit den östlichen Nachbarn der Europäischen Union wird durch eine weitere, neu ins Leben gerufene Fokusgruppe angeregt.

„Us“ und „Them“? Wahrnehmung und Perspektivenwechsel

Die Entwicklung von Netzwerken auf der südlichen Seite des Mittelmeers ist nicht das alleinige Ziel dieser speziellen Aktivität. Es geht vielmehr auch darum, die Zusammenarbeit über das Mittelmeer hinweg zu verstetigen. Wenn ein deutscher politischer Bildner mit einem Kollegen aus Tunesien über Partizipation oder Gründe für und Prävention von Jugendradikalisierung diskutiert, trägt dies bei beiden zum Abbau des „Die-Wir“-Schemas bei, ein Effekt, der sich langfristig auf die politische Bildung in beiden Ländern auswirken kann. In einer Situation, in der Terroristen auf Polarisierung innerhalb der europäischen Gesellschaften und zwischen Europa und seinen Nachbarn abzielen, ist dieser Perspektivenwechsel bei Akteuren politischer Bildung, die in ihrer Arbeit gewissermaßen auch Bilder von der Welt vermitteln, von großer Bedeutung.

Andere Positionen zu verstehen und sich damit auseinanderzusetzen ist jedoch auch eine wichtige Aufgabe innerhalb der Europäischen Union, für die politische Bildung eine Plattform bieten muss. Migration ist ein Thema, das derzeit sehr unterschiedlich gesehen wird.

Auf der im November in Zagreb stattfindenden NECE-Jahreskonferenz 2016 mit dem Titel „Crossing Borders. Migration and Citizenship Education in Europe“ wird Raum für kontroverse Debatten sein.



International politische Bildung als Daueraufgabe stärken

Die Entstehung politischer Bildung ist in der Regel auf gesellschaftliche und politische Kontexte im jeweiligen Land zurückzuführen. Schwerpunktsetzung sowie Wertschätzung für die Disziplin unterliegen gewissen Konjunkturen, die sich wiederum auf poli-

einem Austausch über gemeinsame Themen ist ein Projekt zur Bestandsaufnahme und Vernetzung politischer Bildung auf der südlichen Seite des Mittelmeers entstanden: „NACE – Networking Arab Civic Education“. Eine erste Publikation zu Geschichte und Situation politischer Bildung in Ägypten ist im Mai 2016 auf der zweiten Civic Education Conference in Tunesien vorgestellt

INFO +

Weitere Informationen zum Netzwerk und den genannten Aktivitäten finden Sie unter:

www.nece.eu

<http://euroclio.eu>



Starthilfe für erwachsene Migranten in Norwegen

Staatsbürgerkunde in der Muttersprache vermitteln



© Privat

Sissel Vollan

Senior Advisor bei Vox, der norwegischen Agentur für lebenslanges Lernen



© Privat

Graciela Sbertoli

International Coordinator bei Vox, der norwegischen Agentur für lebenslanges Lernen

[1] In den meisten europäischen Ländern ist man sich deutlich bewusst, dass das Erlernen der Sprache des Gastlandes einen wesentlichen Aspekt des Integrationsprozesses erwachsener Migranten darstellt. Die politisch Verantwortlichen in Europa ergänzen den Spracherwerb jedoch immer häufiger um ein weiteres Element, um die bildungspolitischen Herausforderungen der derzeitigen Migrationsströme zu bewältigen: So geht es darum, dass die Zuwanderer und Zuwanderinnen sich schnellstmöglich Grundkenntnisse über das Gastland, die Rechte und Pflichten seiner Einwohner, die Regeln aktiver Bürgerschaft sowie über landesspezifische Einstellungen und Erwartungen aneignen.

Dazu bedarf es allerdings des Verständnisses abstrakter Begriffe und eines bestimmten Kompetenzniveaus in der Zweitsprache, dessen Erwerb eine gewisse Zeit erfordert. Die politisch Verantwortlichen in Norwegen sind daher der Auffassung, dass Migranten bereits vor Erreichen des entsprechenden Zweitsprachniveaus Zugang zu dem nötigen staatsbürgerlichen Wissen erhalten sollten.

Das im norwegischen Integrationsgesetz (introduksjonsloven) vorgesehene nationale Curriculum für norwegische Sprache und Staatsbürgerkunde beinhaltet unter anderem 50 Unterrichtsstunden Staatsbürgerkunde. Diese sollen den Neuzuwanderern die Teilhabe am Erwerbsleben und an der Gesellschaft insgesamt erleichtern und dadurch ihre Chance auf wirtschaftliche Unabhängigkeit verbessern. Das Curriculum soll in der Anfangsphase der Integrationskurse und in einer Sprache unterrichtet werden, die die Migranten gut verstehen.

Dass die Teilnehmer die Kurssprache sicher beherrschen, ist deshalb wichtig, weil es hier nicht nur um Informationsvermittlung geht, sondern auch um Reflexion und Diskussionen über die Grundwerte der norwegischen Gesellschaft – Demokratie, Gleichheit, Menschenrechte usw. Es wird erwartet, dass die Lernenden in der Lage sind, ihre eigenen Auffassungen zu diesen Fragen zu formulieren.

Die Verantwortung für die Entwicklung und Einführung des nationalen Curriculums für norwegische Sprache und Staatsbürgerkunde für erwachsene Migranten trägt Vox, die norwegische Agentur für lebenslanges Lernen; die Durchführung der Kurse obliegt hingegen den Gemeinden, in denen die Migranten ihren Wohnsitz nehmen.

Das Curriculum in Staatsbürgerkunde umfasst sieben Themenbereiche:

1. Neuzuwanderer in Norwegen
2. Geschichte, Geografie und Lebensweise
3. Kinder und Familie
4. Gesundheit
5. Bildung und Kompetenzen
6. Erwerbsleben
7. Demokratie und Sozialstaat

Ein Abriss des Kurslehrplans ist online abrufbar; er ist für potenzielle Nutzer leicht und kostenfrei zugänglich unter: www.samfunnskunnskap.no

Bislang wurden die Unterlagen in 24 Sprachen übersetzt.

Die eingesetzten Lehrkräfte sind in der Regel selbst Migranten. Sie beherrschen sowohl die

Sprache der Lernenden als auch die norwegische Sprache und kennen die Herkunftsgesellschaft der Lernenden ebenso gut wie die Gesellschaft, in der diese aktuell leben. Sie fungieren als Kulturmittler und spielen eine zentrale Rolle im Integrationsprozess. Vox hat einen aus drei Modulen bestehenden Fortbildungskurs für Lehrkräfte entwickelt, der sowohl die Themen des Curriculums als auch didaktische Fragen abdeckt und Diskussionen, Reflexion und Dialog ermöglicht. Der dialogbasierte Ansatz ist gleichermaßen ein Schlüsselement in der Schulung von Lehrkräften und in den Unterrichtsprogrammen für Lernende.

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Hundert bilinguale Lehrkräfte auf diese Weise ausgebildet, und es werden regelmäßig jedes Jahr neue Kurse angeboten.

INFO +

Details zum Kursangebot:
www.samfunnskunnskap.no

Wer hat Anspruch auf diese Kurse?

Ob Migranten Anspruch auf kostenlosen norwegischen Sprachunterricht und Kurse in Staatsbürgerkunde haben bzw. zur Teilnahme daran verpflichtet sind, hängt von ihrem Aufenthaltsstatus und Alter ab.

Neu eingetroffene Flüchtlinge, ihre Familien und Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung mit einem norwegischen oder einem Staatsbürger eines anderen skandinavischen Landes nach Norwegen gekommen sind, erhalten kostenlos 600 Kursstunden.

Migranten von außerhalb des EWR-/EFTA-Raums, die über eine Arbeitserlaubnis verfügen, müssen 300 Kursstunden absolvieren, haben aber keinen Rechtsanspruch auf

kostenfreien Unterricht. EU-Bürger, Studierende und Au-pairs müssen Gebühren für die Kurse und die norwegische Sprachprüfung entrichten.

Migranten, die eine Aufenthaltserlaubnis und später die norwegische Staatsbürgerschaft beantragen möchten, müssen — je nach Fall — 600 bzw. 300 Stunden norwegischen Sprachunterricht und Staatsbürgerkunde absolvieren. Die Kurse enden mit Abschlussprüfungen.

50 der 600 bzw. 300 Kursstunden sind für staatsbürgerkundlichen Unterricht in einer Sprache vorgesehen, die die Teilnehmer verstehen können. Die 600 bzw. 300 Stunden müssen innerhalb von drei Jahren absolviert werden.

Good Practice: Towards Peace



Memorial Museum Passchendaele, Belgien

© Thomas Müller



Was vereint Europa? Diese Frage wird in Zeiten von Eurokrise, Grenzschießungen und aufstrebenden nationalistischen Bewegungen wieder aktuell. Die europäische GRUNDTVIG-Lernpartnerschaft „Towards Peace“ hat einen besonderen Zugang zur Frage nach dem Verbindenden zwischen den Europäerinnen und Europäern gewählt.

Als gemeinsamer Erfahrungsraum standen die Konflikte und Kriege zwischen und in europäischen Ländern im Mittelpunkt des Projekts, das von acht Institutionen aus acht Staaten durchgeführt wurde. Ziel war es, durch einen transnationalen und intergenerationellen Dialog europäische Bürgerschaft zu fördern. Auch wenn ganz Europa im Laufe der letzten hundert Jahre von ähnlichen Konflikten – und von zwei Weltkriegen – betroffen war, konnten die Teilnehmenden des Projekts erfahren, wie stark sich doch das öffentliche Gedenken an den besuchten Orten unterschied. Während in Belgien der Erste Weltkrieg einen wichtigen Platz der Erinnerungskultur innehatte, nahm der

Zweite Weltkrieg in Deutschland und Polen eine zentralere Rolle ein – und selbst hier variierte die nationale Erinnerung.

Digitales Storytelling bewährt sich

Wie sieht es aber mit individuellen Erfahrungen aus? Um diese Frage zu beantworten, nutzten die lokalen Projektteams eine gemeinsame Methode: das digitale Storytelling. Dabei produzierten Gruppen von Teilnehmende kurze Videos oder digitale Animationen, um so eine persönliche Geschichte zu erzählen. Die digitalen Geschichten wurden im Rahmen von Diskussionsrunden präsentiert und sind zum Teil auf der Projektwebsite abrufbar. Besonders in Begegnungen zwischen jungen und älteren Menschen hat sich dieser Ansatz bewährt, um Barrieren abzubauen und intergenerationelles Lernen zu ermöglichen. Letztendlich brachte die Methode zu Tage, dass sich die persönlichen Erfahrungen der Europäerinnen und Europäer eigentlich sehr ähnlich sind. Überdies hatte die Zusammenarbeit von Menschen aus acht europäischen Ländern den Effekt, dass die Teilneh-

menden ihre interkulturellen Kompetenzen und Kenntnisse zu europäischer Geschichte vertiefen konnten.

Zur Nachahmung empfohlen

Auch die teilnehmenden Organisationen konnten vieles von ihren Projektpartnern lernen: So haben sich europäische Kontakte und Kooperationen ergeben. Zudem konnten sie sich neue Methoden und Zielgruppen erschließen. Eindrücke aus der Lernpartnerschaft bieten die Videosammlung und die Dokumentation der angewendeten Methoden, die auf der Projektwebseite zur Verfügung stehen. Auf die Frage, welchen Tipp er zukünftigen Projektträgern auf den Weg geben würde, antwortete Luis Prada, der „Towards Peace“ für die Stadt Nürnberg koordinierte: „Es sollten möglichst unterschiedliche Partner eingebunden werden!“ Denn eines hat das Projekt gezeigt: Unterschiede in Europa sind eine Chance, voneinander zu lernen.

Projekt-INFO

Projekttitel

Towards Peace

Projektnummer

2013-1-AT1-GRU06-09772

Projektdauer

August 2013 – Juli 2015

Koordinator

Stadt Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit

Kontakt / Website

Luis Prada, Stadt Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit;
<http://towardspeace.weebly.com/about-towards-peace.html>

Good Practice: ICYC – I City You City – I See You See



© Babette Pohle, IMG 3805

etwas für die Gemeinschaft zu tun“, sagt Ariane Jedlitschka, Projektkoordinatorin von „Helden wider Willen“ aus Leipzig. Die HAL Atelierhäuser, in denen der Verein sein Zuhause hat, sind Wohn- und Arbeitsräume für Kreative, Familien und Vereine. Graffiti an den Fassaden lassen erkennen, dass es Menschen gibt, die dieses Projekt hier nicht wollen. Gerade deshalb will der Verein, dass sich die Häuser den Nachbarn öffnen. So entsteht z.B. ein Kinderspielplatz in den Hinterhöfen der Atelierhäuser. „Wir lassen etwas für die Nachbarschaft zurück: Ideen, Inspirationen“, sagt Jedlitschka.

Dragan Atanasov arbeitet viel mit ehemaligen Gefangenen und Drogenabhängigen, mit jugendlichen Langzeitarbeitslosen und Schulverweigerern zusammen. Durch ICYC lernen die Jugendlichen, Probleme auf ganz andere, kreative Weise zu lösen. Dies soll ihnen helfen, auch außerhalb des Projekts leichter aus festgefahrenen Situationen auszubrechen. Doch all dies würde nicht funktionieren ohne die langfristige, stabile Partnerschaft, betont Atanasov. „Wir müssen Geduld haben. Die persönliche Entwicklung der Jugendlichen dauert mitunter Jahre. Erfolg haben wir, weil wir starke Partner im Ausland haben, die an der Idee mitwirken und diese weiter vorantreiben.“

Projekt-INFO

Projekttitel

ICYC – I City You City – I See You See

Projektnummer

2014-3-DE04-KA105-001638

Projektdauer

01.02.2015 - 31.01.2017

Koordinator

Helden wider Willen e.V., Holbeinstr. 28a, 04229 Leipzig

Kontakt / Website

<http://icitycity.weebly.com/>



Die Förderung der „aktiven Bürgerschaft junger Menschen“ steht seit über 25 Jahren im Mittelpunkt der europäischen Jugendprogramme. Mit seinen Projekten liefert der Jugendbereich wertvolle Impulse für ein friedliches Zusammenleben in Europa. Wie non-formale Lernerfahrungen aus internationalen Mobilitätsprojekten nachhaltig Wirkung entfalten, zeigt beispielhaft „ICYC – I City You City – I See You See“.

Für ICYC haben sich sieben Jugendorganisationen aus Belgien, Deutschland, England, Island, Mazedonien, Russland und Spanien zu einem Mobilitätsprojekt zusammengeschlossen. Mit Hilfe künstlerisch-kreativer Methoden initiieren die Partner einen zweijährigen europäischen Austausch, der sowohl die individuelle Entwicklung der Teilnehmenden fördert wie auch die Nachbarschaftskultur in den jeweiligen Kommunen verbessern will. Etwa 30 Prozent der Teilnehmenden sind Menschen mit geringeren Chancen.

ICYC kombiniert die Fördermöglichkeiten, die die Leitaktion 1 im Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION bietet. Zwei Fachkräfteaustausche, Europäische Freiwilligendienste und ein internationaler Jugendaustausch werden pro Jahr organisiert. Die Module bauen aufeinander auf. Dragan Atanasov, Jugendarbeiter im Jugendzentrum creACTtive in Skopje (Mazedonien), erklärt das Konzept: „Unsere Jugendlichen haben immer die Möglichkeit, die Techniken, die sie bei einer Maßnahme gelernt haben, bei einer anderen wieder anzuwenden. So verhindern wir, dass Ergebnisse einfach verpuffen.“

Teilnehmende und Nachbarschaft profitieren

Die Projektpartner organisieren in ihren Städten unterschiedliche Aktivitäten: Theateraktionen werden aufgeführt, digitale Städtetouren entwickelt oder künstlerische Interventionen im urbanen Raum gewagt. Die unmittelbare Umgebung ist hierbei immer eingebunden. „Unsere Jugendlichen zeigen den Anwohnern, dass es Spaß macht,

Good Practice: PRIME – Forschen statt Bange machen



© Privat (Kaufmännische Schule Göppingen)



Freiheit, Toleranz und Antidiskriminierung sind gemeinsame Werte in Europa. Durch die aktuellen Fluchtbewegungen erfahren sie derzeit besondere Aufmerksamkeit. Die Kaufmännische Schule Göppingen hat in einem COMENIUS-Projekt Chancen und Risiken ausgelotet, die sich durch Migration und Integration ergeben.

Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt wird zunehmend wichtiger und erfordert eine offene Debatte über Migration und Integration in Europa. Das findet Thomas Liski, Abteilungsleiter der Kaufmännischen Schule Göppingen. „Oft werden europäische Länder wie Griechenland in den Medien negativ dargestellt“, so Liski. Im Ausland selbst zeige sich aber ein differenzierteres Bild. Der Lehrer für BWL und Geschichte/Gemeinschaftskunde ist daher überzeugt, dass der direkte Kontakt mit Menschen im Ausland notwendig ist, um die Chancen zu erkennen, die der europäische Arbeitsmarkt bietet.

Diesen direkten Austausch zwischen den Jugendlichen aus europäischen Einwanderungsländern ermöglichte das COMENIUS-Projekt „Project on Research on Integration and Migration in Europe“ (PRIME). Von November 2013 bis April 2015 kam es zu Projekttreffen in Göppingen (Deutschland), Manresa (Spanien), Kavala (Griechenland), Rom (Italien), Lublin (Polen) und Izmir (Türkei). Alle diese Länder stellt Migration vor neue Herausforderungen. Deren Folgen sind auch in Baden-Württemberg auf kommunaler Ebene wahrzunehmen. „Der internationale Austausch ist gut für den Transfer des Themas in den Unterricht“, erläutert Liski. Migration und Integration ist Teil des Lehrplans an kaufmännischen Schulen des Landes und kommt in Fächern wie Wirtschaft, Geschichte, Gemeinschaftskunde oder Geografie vor.

Hinterfragen lernen – Vorurteile abbauen

Im Projekt PRIME untersuchten die Partner, welche Motive Menschen bewegen, ihre Heimat zu verlassen. Außerdem analysierten

sie die Folgen von Migration sowohl für europäische Länder, aus denen die Menschen auswandern, als auch für Länder, in die sie einwandern. In nationalen und internationalen Arbeitsgruppen setzten sich die Schülerinnen und Schüler zudem mit eigenen Migrationserfahrungen auseinander. „Wir haben das komplette didaktische Repertoire abgerufen, um uns die Projektergebnisse zu erarbeiten: Literaturrecherche, Fragebogen, Gruppenarbeit und Diskussionsrunden mit relevanten gesellschaftlichen Partnern“, erläutert Biologie- und Geografielehrer Markus Lang. Die Öffentlichkeit zeige sich durchaus interessiert daran, dass Jugendliche ein differenziertes Bild von Migration in Europa zeichnen. Artikel in der Lokalpresse und die Aufmerksamkeit lokaler Gremien wie der Landkreis- und Stadtverwaltung Göppingen legen ein deutliches Zeugnis davon ab.

Projekt-INFO

Projekttitel

Project on Research on Integration and Migration in Europe (PRIME)

Projektnummer

2013-1-DE3-COM06-35835 1

Projektdauer

2013-2015

Koordinator

Kaufmännische Schule Göppingen

Kontakt

Thomas Liski
Tel.: 07161/613-150
E-Mail: li@ks-goepingen.de

Website

http://lckziu.pl/com2013_wpen

Good Practice: Politiklehrerfortbildung zur nachhaltigen Vermittlung europäischer Bürgerschaftskompetenzen (PEB)



© Europäisches Parlament



Die Vermittlung EU-bezogener Kompetenzen ist heute im politischen Fachunterricht aller Bundesländer vorgesehen. Bei der Vermittlung der Europäischen Union (EU) begegnen Lehrkräfte allerdings besonderen Schwierigkeiten, die einen erhöhten Fortbildungsbedarf mit sich bringen. Diesem stellte sich das PEB-Projekt des Instituts für Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen.

Hierbei wurde eine Lehrerfortbildung zur politischen EU-Bildung entwickelt, die an deutschlandweit neun Standorten mit 180 Lehrer(inne)n durchgeführt und begleitend evaluiert wurde. In Göttingen fand abschließend eine Fachtagung zur europapolitischen Bildung mit circa 50 Teilnehmenden aus Wissenschaft und Praxis statt.

Die Fortbildung „Von Lissabon bis Währungs-krise – die Europäische Union erfolgreich vermitteln!“ richtete sich an Politiklehrkräfte der Sekundarstufen aller Schulformen. Sie war für 1-2 Tage und circa 20 Teilnehmende konzipiert, um eine individuelle und intensive

Auseinandersetzung zu ermöglichen. Ziel war es, die Teilnehmenden auf den neuesten Stand der politischen EU-Bildung zu bringen – sie sollten ihre fachwissenschaftlichen und didaktisch-methodischen Kenntnisse auffrischen, aktualisieren und erweitern sowie die eigenständige Fortbildungskompetenz stärken. Die Fortbildung mischte konzentrierte fachwissenschaftliche Inputs mit Hinweisen zu Vermittlungsansätzen und -methoden, wobei einige Unterrichtsmethoden ausprobiert wurden.

Bestandteil jeder Fortbildung war außerdem der Besuch eines Mitglieds des Europäischen Parlaments alternierender Fraktionen mit Vortrag und Diskussion. Eine Auswahl von Informations- und Unterrichtsmaterialien gab Einblick in die Bandbreite verfügbarer Materialien.

Welche Wirkung entfaltete das Projekt?

Die Ergebnisse der Begleitstudie wie auch die hohen Anmeldezahlen zeigen, dass sowohl Bedarf an spezifischen Lehrerfortbildungen

zur EU und ihrer Vermittlung besteht, als auch die Bereitschaft seitens der Lehrkräfte, ein solches Angebot wahrzunehmen. Die Konzeption der Fortbildung hat sich bewährt. Trotz unterschiedlicher Vorkenntnisse konnte die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden von der Fortbildung profitieren, 97 Prozent würden sie weiterempfehlen.

Die zwischen schulischer und außerschulischer politischer Bildung geknüpften Kontakte gaben den Anstoß zu weiteren Kooperationen wie Schülerexkursionen oder die Etablierung einer „Europaschule“.

„Das Jean Monnet-Projekt hat die fachwissenschaftlichen und -didaktischen Kompetenzen der Politiklehrenden gestärkt und trägt so zu einem aktuellen und attraktiven Europaunterricht bei“, sagt Projektkoordinatorin Frau Prof. Monika Oberle.

Projekt-INFO

Projekttitlel

Jean Monnet-Projekt: Politiklehrerfortbildung zur nachhaltigen Vermittlung Europäischer Bürgerschaftskompetenzen (PEB)

Projektnummer

2012-3108 / 530134

Projektdauer

2012-2013

Koordinatorin

Prof. Dr. Monika Oberle,
Georg-August-Universität Göttingen

Kontakt/Website

E-Mail: monika.oberle@sowi.uni-goettingen.de
<http://peb.uni-goettingen.de>
www.eu.daad.de/jean-monnet/de/

„Auslandsaufenthalt muss spürbaren Mehrwert bieten“

Nachgefragt beim Referatsleiter im Bundesministerium für Bildung und Forschung



© www.wahluniversum.de

Henk van Liempt

leitet seit 01.09.2015 das Referat 222 „EU-Bildungsprogramme, Internationale Zusammenarbeit in der Bildung“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Herr van Liempt, vor Ihrem Wechsel in den Bildungsbereich waren Sie im BMBF als Referatsleiter im Forschungsbereich tätig. Was reizt Sie ganz besonders an Ihrem neuen Aufgabengebiet?

Henk van Liempt: Gute Forschung ist für eine Volkswirtschaft unerlässlich. Aber sie wirkt erst langfristig. In der Berufsbildung bin ich viel näher am Alltag. Wenn ich junge Menschen in einer Berufsbildung erlebe, oftmals direkt im Ausbildungsbetrieb, begeistert mich ihre Motivation, mehr aus ihrem Leben zu machen, sich in einem Beruf zu qualifizieren und sich da zu verwirklichen. Die Auswirkungen der EU-Maßnahmen und bilateralen Kooperationen, die ich jetzt betreue, sind sehr nah an der aktuellen Politik. Essenzielle Beiträge zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zum Wirtschaftswachstum zu leisten, ist eine lohnende Aufgabe.

Sie haben u.a. die Verantwortung für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ im BMBF übernommen. Wie beurteilen Sie die bisherige Bilanz des Programms und wo sehen Sie die Herausforderungen der nächsten Jahre?

van Liempt: Erasmus+ hatte in den ersten beiden Jahren mit mehreren Startschwierigkeiten zu kämpfen. Viele Antragsteller monierten die komplizierten Antragsverfahren. Dennoch sind wir davon überzeugt, dass das sektorübergreifende EU-Bildungsprogramm einen großen Mehrwert für Deutschland und die EU hat. Während Internationalisierung im Hochschulbereich gut etabliert ist, müssen andere Bereiche sich noch stärker damit befassen. Ich wünsche mir, dass sie in Erasmus+ vom Hochschulbereich lernen, so dass die Zusammenlegung von Hochschulen, Berufs- und Erwachsenenbildung, Jugend und Sport letztendlich einen Mehrwert bildet.

Welchen besonderen Mehrwert sehen Sie in Erasmus+ für Deutschland?

van Liempt: Die interkulturellen Kompetenzen, die die Teilnehmer durch die internationale Erfahrung erlangen, sind gerade in den aktuellen Zeiten in Europa wichtig. Junge Menschen, die einen Teil ihres Studiums oder ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren, eignen sich nicht nur neue Fachkenntnisse an, sondern auch Soft Skills, die ihnen später sehr hilfreich sind. Sie können sich sehr viel besser auf dem Arbeitsmarkt behaupten, sind weniger lang arbeitslos und fünf Jahre nach dem Abschluss ist ihre Arbeitslosenquote um 23 Prozent niedriger.

Die europäische Mobilität und Zusammenarbeit gewinnt immer mehr an Bedeutung. Laut Bundestagsbeschluss sollen bis 2020 zehn Prozent der Auszubildenden bzw. Berufsschülerinnen und Berufsschüler Teile ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren. Sie werden diesen Prozess in Ihrem Referat politisch begleiten. Bedeutet das für alle Akteure in Politik, Wirtschaft und Bildungspraxis einen Gang zuzulegen?

van Liempt: Aktuell machen etwas mehr als vier Prozent eines Ausbildungsjahrgangs ein Praktikum im europäischen Ausland, wir sind also noch weit vom Bundestagsziel entfernt. Bei der großen finanziellen und zeitlichen Investition in eine Ausbildung ist klar: Nur wenn der Auslandsaufenthalt einen spürbaren Mehrwert bietet, ist dieser gerechtfertigt. Es ist daher Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Bildungspraxis diesen Mehrwert zu suchen und zu kommunizieren. Erasmus+ ist attraktiv, wir betreuen einige attraktive bilaterale Formate mit Frankreich und Israel, aber das reicht noch nicht. Wenn wir sehen, dass 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus dem Außenhandel resultieren und jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export abhängt, sollte die Wirtschaft eigentlich ein größeres Interesse an internationalen Elementen in der Ausbildung haben. Wir greifen diese Herausforderung auf und erkunden neue Wege.

Neben den europäischen Bildungsprogrammen ist Ihr Referat für weitere internationale Projekte zuständig. An welcher Stelle sehen sie Synergien und wo wünschen Sie eine noch intensivere Zusammenarbeit?

van Liempt: Wir reden viel mit anderen Regierungen in Europa über ihre Berufsbildungssysteme und Reformen gehen wir gemeinsam an. Erasmus+ geförderte Projekte wie NetWBL gehen in die gleiche Richtung. Ich denke, wir sollten das europäische Programm stärker für bi- und multilaterale strategische Projekte nutzen.

Die Fragen stellte Dr. Gabriele Schneider.



Erste europäische Konferenz zur Integration von Flüchtlingen

„Education, Participation, Integration – Erasmus+ and Refugees“



© NA beim BIBB

Anne Görgen-Engels

war bis Ende April 2016 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der NA beim BIBB tätig, bevor sie in das Projekt Jobstarter im BIBB wechselte.

[W]ie können den neuankommenden Menschen Brücken in die neue Gesellschaft gebaut werden und welchen Beitrag kann Erasmus+ dabei leisten? Diesen zentralen Fragen widmete sich die europäische Konferenz „Education, Participation, Integration – Erasmus+ and Refugees“, die vom 19. bis zum 20. April 2016 von den vier deutschen Nationalen Agenturen veranstaltet wurde. Fast 300 Teilnehmende aus 24 europäischen Ländern fanden sich dazu auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen ein.

Lernort Europa

Die Integration kürzlich zugewanderter Menschen in die nationalen Bildungssysteme

stellt eine große europäische Herausforderung dar. Klaus Fadle, Leiter der NA beim BIBB, betonte daher zu Beginn der Veranstaltung, dass ein Programm wie Erasmus+ durch seine Flexibilität und Vielfalt eine Lern- und Kommunikationsplattform sei, auf der Impulse aus der europäischen Praxis gegeben werden – das sei Ziel dieser Konferenz. „Europa ist der Ort, an dem wir noch viel voneinander lernen können. Diese Chance sollten wir effektiv nutzen“, unterstrich Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, schließlich in seiner Eröffnungsrede.

Ehe die Konferenz zur Lern- und Arbeitsplattform wurde, teilten mit der syrischen Autorin Rasha Abbas und dem finnischen Graphic Novel-Künstler Ville Tietäväinen

zwei Keynote Speaker ihren jeweils sehr persönlichen, ehrlichen Blick auf die Themen Ankommen in einer fremden Gesellschaft und Fluchterfahrung. Welche Integrationsbemühungen in den anwesenden Ländern bereits erfolgen, wurde in einer ersten bildungsbereichsspezifischen Arbeitsphase ausgetauscht. Die anschließenden Workshops zeigten die Bandbreite von bereits existierenden Instrumenten, die in Erasmus+ und den Vorgängerprogrammen entstanden sind. Auch der Marktplatz der Best-Practice-Projekte, der sich regen Interesses erfreute, unterstrich diese Tatsache. In Europa liegt demnach bereits viel Know-how vor – wichtig ist, dies sicht- und nutzbar zu machen.

Soziale Inklusion als Priorität der Prioritäten

So stellte Chiara Gariazzo, Direktorin bei der Europäischen Kommission (DG EAC), am



zweiten Tag in ihrer Rede heraus, dass die Kommission bemüht sei, die vorhandenen Instrumente und die fundierte Kompetenz aus den EU-Bildungsprogrammen zu bündeln und zur Verfügung zu stellen. Es gebe sehr viel Expertise in den Mitgliedstaaten, die es gelte, europaweit zu teilen, so Gariazzo, denn die soziale Inklusion sei die „Priorität der Prioritäten“ im Arbeitsprogramm der Kommission für 2017.

Im Anschluss an ihre Rede wurden die Kernergebnisse der thematischen Arbeitsgruppen des Vortags im Plenum präsentiert. Große Zustimmung des Publikums erfuhr

beispielsweise die Forderung, dass sich die Gesellschaft von einer Willkommenskultur zu einer Akzeptanzkultur entwickeln müsse, um die zugewanderten Menschen als neuen und auch wertvollen Teil der jeweiligen Gesellschaft zu akzeptieren. Zudem wurde daran erinnert, dass die Geflüchteten im Sinne einer aktiven Zivilgesellschaft in demokratische Prozesse und Entscheidungsfindungen einbezogen werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement als Erfolgsfaktor für Integration

Auch die Teilnehmenden der abschließenden Podiumsdiskussion unterstützten punktuell die erarbeiteten Ergebnisse der Workshops. So bekräftigte auch Marta Gutierrez-Benet von der Europäischen Kommission, dass alle aufgefordert sind, die neuen Bedarfe offen wahrzunehmen und im Sinne einer inklusiven Gesellschaft zu

politischer Strategien mit der eigenen Zivilgesellschaft in den Dialog zu treten und die jeweiligen nationalen Entwicklungen im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements mitzugestalten.

Erasmus+ for Refugees

Am Ende der Konferenz stellte Klaus Fehle fest, dass soziale Inklusion das Leitmotiv von Erasmus+ werden müsse. Trage die Konferenz noch den Subtitel „Erasmus+ and Refugees“, so wünsche er sich, dass es jetzt und zukünftig auch „Erasmus+ for Refugees“ sei.

Diese Konferenz sei als erster Schritt, als Auftaktveranstaltung zu sehen und er hoffe, dass sie als Plattform genutzt werde, um nun weitere internationale Veranstaltungen zur Vertiefung zu initiieren.



© Jörg Heupel

handeln. Thomas Huddleston, Direktor der Migration Policy Group, untermauerte schließlich anhand des Migration Policy Index, dass viele Bildungssysteme der EU bei der Integration von Flüchtlingen versagen. Deutlicher in seiner Kritik wurde Dr. Karolis Žibias, Direktor der Diversity Development Group aus Litauen, indem er ansprach, dass nicht alle EU-Mitgliedstaaten eine flüchtlingsfreundliche Politik betreiben. So rief Thomas Huddleston in seinem Schlussplädoyer dazu auf, nicht nur auf eine schnellstmögliche Integration zugewandelter Menschen zu schauen. Vielmehr sei es auch notwendig, bei der Umsetzung

INFO +

Die englischsprachige Veranstaltungsdokumentation finden Sie auf der NA-Website www.na-bibb.de unter der Rubrik „Service/Veranstaltungen“.

Erasmus+ Antragsrunde 2016

Wachstumstrend bei Mobilität ungebrochen, weniger Anträge für Strategische Partnerschaften



© NA beim BIBB

Sigrid Dreissus-Meurer

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team Information und Öffentlichkeitsarbeit in der NA beim BIBB

Mobilität

Eine erste Bilanz des dritten Antragsjahres in Erasmus+ fällt insgesamt positiv aus. Für die Leitaktion 1 (Mobilität von Einzelpersonen) liegen abschließende Zahlen vor, da hier die Antragsfrist bereits Anfang Februar 2016 endete. Im Bereich der **beruflichen Bildung** erhielten 456 von 471 Projekten eine Förderzusage. Die Förderchancen liegen bei über 95 Prozent und sind damit unverändert hoch. Erfreulich ist, dass die Zahl der bewilligten Teilnehmenden gegenüber 2015 leicht angestiegen ist. 2016 können 23.107 Einzelpersonen im Rahmen von Erasmus+ einen Auslandsaufenthalt in der beruflichen Bildung realisieren, davon 19.022 Lernende, die hauptsächlich für den Zuwachs verantwortlich sind. Die Förderzahlen für das Bildungspersonal bewegen sich mit 4.085 Personen etwa auf Vorjahresniveau.

Nachdem 2015 erstmals die **Mobilitätscharta Berufsbildung** an 48 Einrichtungen vergeben worden war, konnten sich auch dieses Jahr erfahrene Projektträger um eine Akkreditierung

bewerben. Bis zur Frist am 19. Mai sind 39 Bewerbungen für die Charta eingegangen, die bis 2020 Zugang zu einem vereinfachten Antragsverfahren und Fördersicherheit gewährt.

In der **Erwachsenenbildung** ist 2016 ein deutlicher Zuwachs bei den bewilligten Mobilitäten zu verzeichnen: von 722 auf 941. Bei einem höheren verfügbaren Budget hätten weit mehr Anträge bewilligt werden können. So gibt es eine Warteliste mit 14 Projekten und 279 Teilnehmenden.

Strategische Partnerschaften

Die Nachfrage nach Strategischen Partnerschaften (Leitaktion 2) ist mit 132 eingegangenen Anträgen in der beruflichen Bildung und 99 in der Erwachsenenbildung niedriger als im letzten Jahr. Wichtiger als die Quantität ist aber letztendlich die Qualität der Anträge. Dazu kann noch keine abschließende Aussage gemacht werden, da die entsprechenden Auswahl Ausschüsse erst im Juli tagen werden.

In dieser Antragsrunde wird erstmalig zwischen produktorientierten und austauschorientierten (Exchanges of Practice) Strategischen Partnerschaften unterschieden. Für Letztere sind 30 Prozent der insgesamt für Strategische Partnerschaften zur Verfügung stehenden Budgetmittel reserviert, um ihre Erfolgchancen gegenüber den produktorientierten Projekten zu erhöhen. 17 Anträge mit Schwerpunkt Berufsbildung und 24 Anträge mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung fallen in die Kategorie „Exchanges of Practice“.

Erfreulich ist, dass insgesamt nur vier Anträge ungültig sind. Die Antragsteller scheinen sich an die neuen formalen Vorgaben gewöhnt zu haben bzw. nutzen das vielfältige Beratungsangebot der NA beim BIBB, das in der heißen Antragsphase erweitert wird.

INFO +

www.na-bibb.de

Was bedeutet der Brexit für Erasmus+?

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wird wirksam, wenn

- ein Abkommen ausgehandelt ist oder
- zwei Jahre nach der Mitteilung zum Austritt, wobei diese Frist einvernehmlich verlängert werden kann.

Ab dem Tag der Wirksamkeit des Austritts gelten die EU-Verträge für das Vereinigte Königreich nicht mehr. Für Erasmus+ bedeutet dies, dass mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit bis 2018 alles so weiter geht wie bisher. Was die unmittelbare Zukunft betrifft, gibt es ein erstes Statement auf der Homepage der britischen Regierung:

www.gov.uk/government/news/statement-on-higher-education-and-research-following-the-eu-referendum.

Dieses enthält einen eigenen Absatz zu Erasmus+. Die NA informiert auf ihrer Website zu den Entwicklungen.

Zusammen mit der Community wachsen

Die Social-Media-Accounts im Bereich Erwachsenenbildung der NA beim BIBB



© NA beim BIBB

Silke Betray

Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Nationalen Koordinierungsstelle Europäische Agenda Erwachsenenbildung

[S]eit Ende 2015 ist der Bereich „Europäische Erwachsenenbildung in Deutschland“ sowohl bei Facebook als auch bei Twitter vertreten. Aktuelle Informationen, Hinweise auf interessante bildungspolitische Entwicklungen, fachlicher Ideenaustausch sowie wechselseitige Impulse zwischen Community und dem Bereich Europäische Erwachsenenbildung stehen im Zentrum.

Im Frühjahr 2015 hat die deutsche Koordinierungsstelle für EPALE (ePlatform for Adult Learning in Europe) ihre Arbeit in der Nationalen Agentur aufgenommen. Nun bringt die NA beim BIBB zusammen mit der Zuständigkeit für das europäische Bildungsprogramm Erasmus+ im Bereich der Erwachsenenbildung und der NKS Agenda (Nationale Koordinierungsstelle Europäische Agenda Erwachsenenbildung) alle drei von der Europäischen Kommission eingerichteten Servicestellen für

die Erwachsenenbildung unter einem Dach zusammen. Für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Erwachsenenbildung in Deutschland ermöglicht diese Konstellation zahlreiche Synergien auf fachlicher wie auf organisatorischer Ebene. Um insbesondere die thematische Zusammengehörigkeit der drei Servicestellen zu verdeutlichen, werden diese unter der Bezeichnung „Europäische Erwachsenenbildung in Deutschland“ zusammengefasst. Die NA beim BIBB macht mit dem Bereich „Europäische Erwachsenenbildung in Deutschland“ einen weiteren Schritt zur sichtbaren Schnittstelle zwischen Europäischer Kommission und deutscher Erwachsenenbildungscommunity.

Konkrete Umsetzung

Der Bereich „Europäische Erwachsenenbildung in Deutschland“ bildet die Basis für die Umsetzung gemeinsamer Social-Media-Accounts. Sowohl auf Facebook als auch auf Twitter präsentieren sich die NKS EPALE, die NKS Agenda sowie der Bereich Erasmus+ Erwachsenenbildung unter der gemeinsamen Bezeichnung. Dieses drückt sich insbesondere auch in der Wahl eines gemeinsamen Profilbildes aus, welches als eigenständige Visualisierung den Bereich repräsentiert und zugleich die Farben des Logos der NA beim BIBB aufgreift.

Ziele der Accounts

Das übergeordnete Ziel der Accounts ist die Vernetzung des europäischen (Erwachsenen-) Bildungsraumes mit dem nationalen (Erwachsenen-) Bildungsraum und vice versa. Aktuelle Information, Hinweise auf interessante bildungspolitische Entwicklungen, fachlicher Ideenaustausch sowie wechselseitige Impulse zwischen Community und dem Bereich Europäische Erwachsenenbildung stehen im Zentrum.

Für die NKS EPALE ist es wichtig, durch die Social-Media-Accounts die Inhalte und Möglichkeiten von EPALE zusammen mit der Community weiterzuentwickeln. Für den Bereich Erasmus+ Erwachsenenbildung steht insbesondere die Information über das Programm und die Interaktion mit Projekten und Projektbeteiligten im Mittelpunkt. Darüber hinaus ist die Interaktion mit und der Support von Kooperationspartnern ein wichtiges Ziel des Accounts. So ist die NKS Agenda Mitveranstalterin des Deutschen Weiterbildungstages 2016 zum Thema „Weiterbildung 4.0 – fit für die digitale Welt“, welcher auf Facebook vertreten ist.

Veranstaltungen

Eine besondere Rolle nimmt die Begleitung von Veranstaltungen ein. Hier werden durch einen Hashtag die Perspektiven aller Teilnehmenden gebündelt und – wenn möglich – Ideen und Anregungen aufgenommen. Bei der Transnational Cooperation Activity „Education, Participation, Integration – Erasmus+ and Refugees“ ist dieses unter #tcaepi bereits erfolgt. Auch durch die Verwendung themenspezifischer Hashtags wie #Europa, #Erwachsenenbildung oder #Grundbildung werden Inhalte zusammen mit der Community in der öffentlichen Diskussion verankert.

INFO +

Europäische Erwachsenenbildung in Deutschland auf Facebook und Twitter:
<https://www.facebook.com/EU.Erwachsenenbildung/>
https://twitter.com/EUEB_DE

Info-Splitter

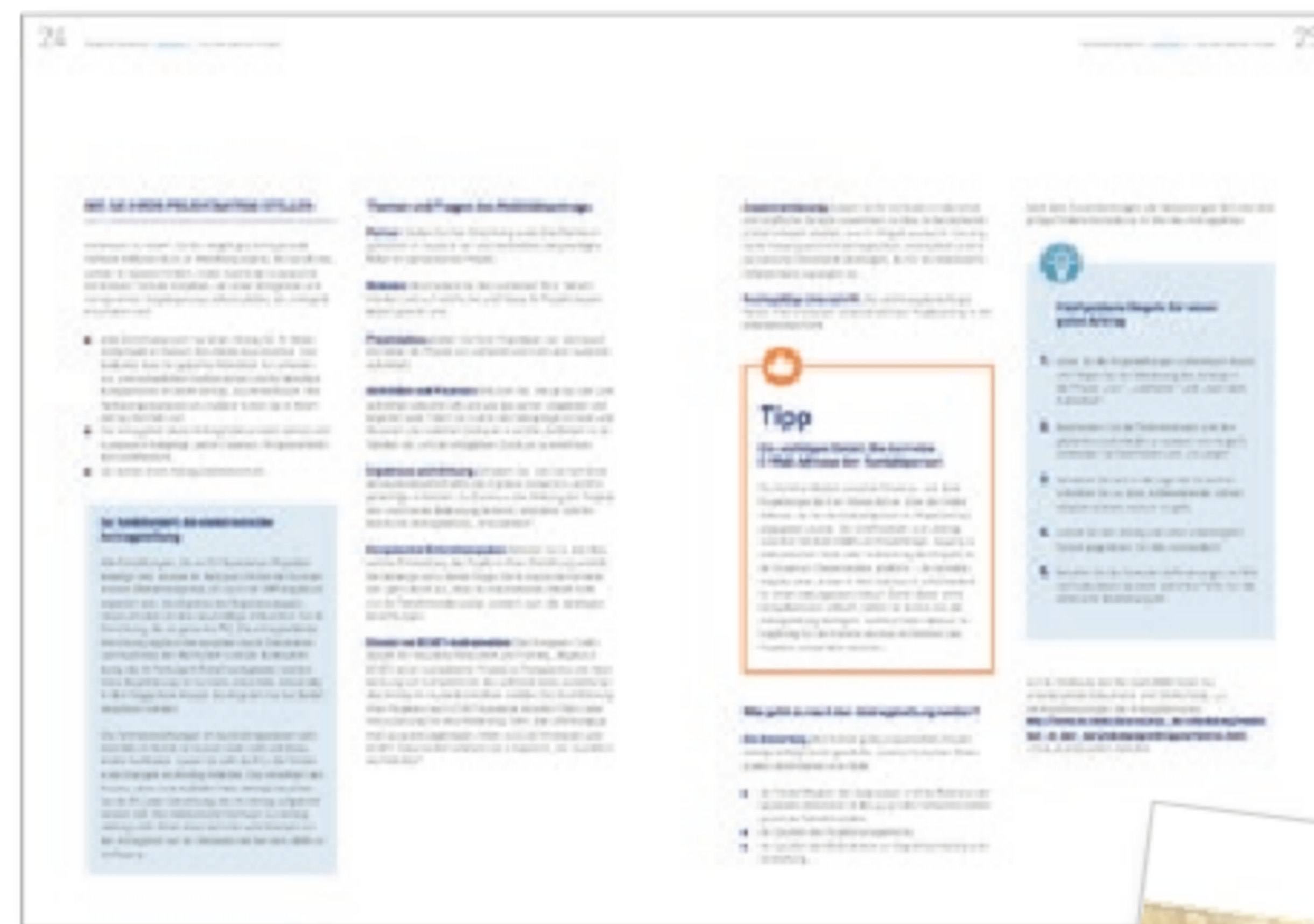
Neuerscheinungen der NA beim BIBB

Die Steigerung der Mobilitätszahlen in der beruflichen Bildung ist der NA beim BIBB ein wichtiges Anliegen. Sie hat daher Anfang 2016 ein neues Handbuch veröffentlicht, das Einrichtungen der beruflichen Bildung dabei unterstützen soll, Mobilitätsprojekte im Rahmen von Erasmus+ durchzuführen.

Das gut 60-seitige **Handbuch „Mobilität machen – Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung erfolgreich durchführen“** steht als PDF zum Download auf der NA-Website zur Verfügung oder kann auf Issuu bequem online gelesen werden. Die Publikation unterstützt Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren auf ihrem Weg von der Projektidee zum Konzept und vom Projektantrag über die Durchführung des Projekts bis zum Abschlussbericht. Schritt für Schritt führt sie durch den Prozess "Mobilität machen" und stellt hierfür Merkblätter, Checklisten und Arbeitsvorlagen zur Verfügung.

Jahresbericht 2015

Im April hat die NA beim BIBB zudem ihren Jahresbericht 2015 veröffentlicht. Der Rückblick verdeutlicht, dass Erasmus+ das „Kerngeschäft“ der NA bleibt, die anderen von ihr betreuten Projekte aber wichtiger geworden sind. Der Jahresbericht enthält zahlreiche Good-Practice-Beispiele und einen umfangreichen Statistikeil zu Erasmus+. Alle Publikationen der NA beim BIBB finden Sie auf www.na-bibb.de unter der Rubrik „Service/Publikationen“.



Themenschwerpunkt „Erwachsenenbildung und Bürgerkompetenzen“ auf EPALÉ

Gesellschaftliche und politische Bildung ist nicht nur das Schwerpunktthema dieses Journals, sondern auch auf EPALÉ, der E-Plattform für Erwachsenenbildung in Europa. Hier können Sie Blogbeiträge, Ressourcen

und Veranstaltungshinweise zu diesem Thema lesen und selbst veröffentlichen. Nutzen Sie die EPALÉ-Projektpartnersuche, um europäische Kooperationen auf den Weg zu bringen, und teilen Sie Ihre Projektergebnisse

mit Aktiven der Erwachsenenbildung in ganz Europa!

<https://ec.europa.eu/epale/de/>



Relaunch der Europass-Website

Die Europass-Website präsentiert sich seit Ende 2015 im neuen Design und mit neuer Struktur. Beim Relaunch der Internetseite standen Übersichtlichkeit und klare Nutzerführung im Mittelpunkt. Unterschiedliche Zielgruppen wie zum Beispiel Bewerberinnen und Bewerber, Unternehmen und

Schulen können u. a. auf speziell für sie angepasste Informationen zu den Europass-Dokumenten zugreifen. Die Website verfügt ferner über eine Mediathek, in der Publikationen, Videos, Unterrichtsmaterialien und Spiele gebündelt präsentiert werden. News, Pressemitteilungen und Reportagen zum Europass runden das Internetangebot ab. www.europass-info.de



Neues Erklärvideo: So hilft die IBS auf dem Weg ins Ausland

Der Weg ins Ausland wird ab jetzt noch einfacher: Im neuen Video der Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS) erfahren Schulabsolventinnen und -absolventen, Auszubildende und junge Berufstätige wie

sie weltweit berufliche Erfahrungen sammeln können. www.go-ibs.de/information-beratung/videos/was-macht-die-ibs/

Terminologiesammlung Deutsch-Englisch

Für Berufsbildungsfachleute, die international aktiv sind, kann die vom BIBB herausgegebene Terminologiesammlung hilfreiche Dienste leisten. Das Glossar ist das Ergebnis der terminologischen Arbeit des BIBB-Sprachendienstes in Kooperation mit den Expertinnen und Experten des BIBB. Es kann kostenlos auf der BIBB-Website heruntergeladen werden:

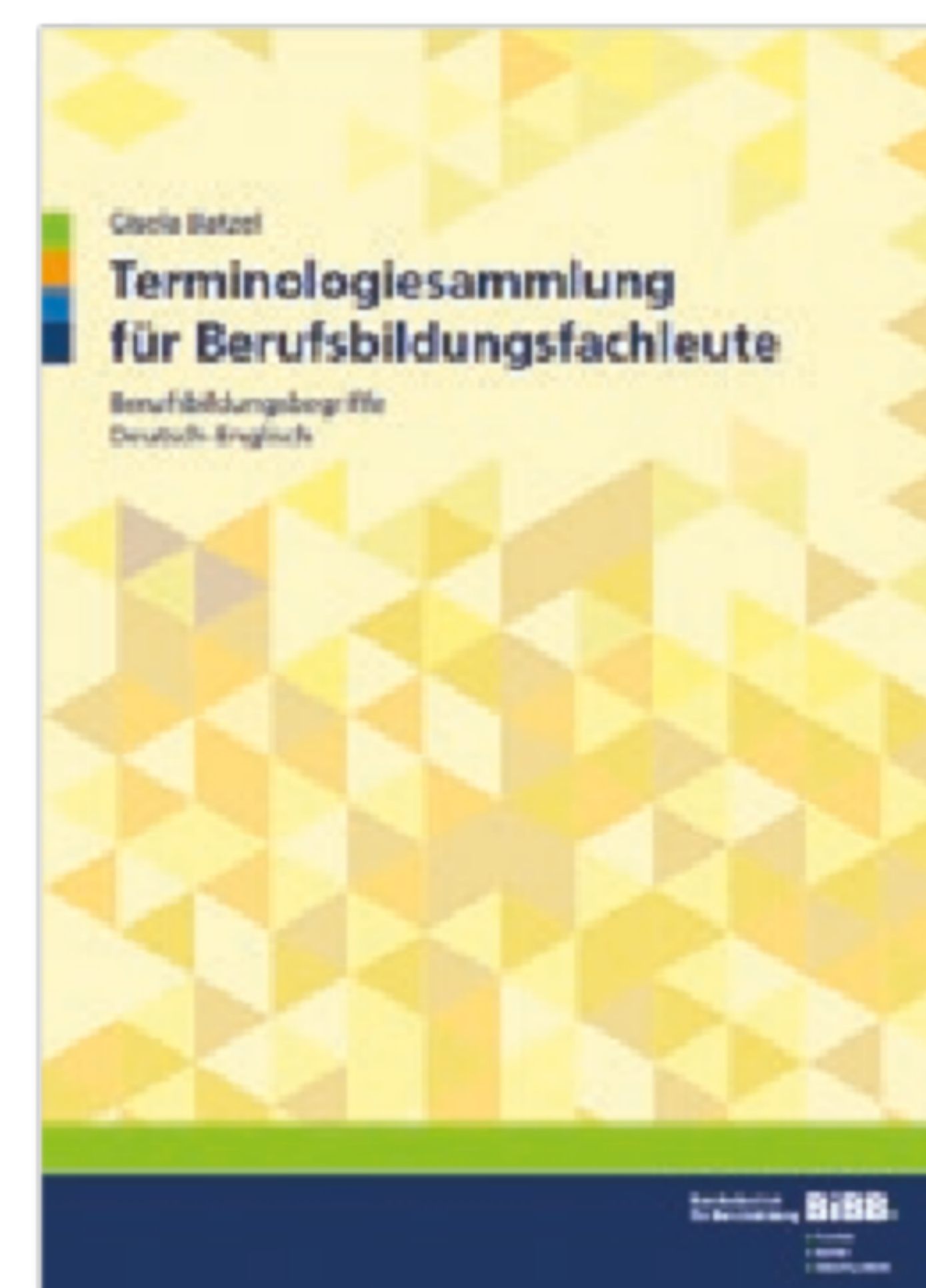


Europass Mobilität erreicht 200.000er-Marke

Im April 2016 wurde der Europass Mobilität in Deutschland zum 200.000sten Mal beantragt. Damit schrieb das im Oktober 2005 eingeführte Dokument seine Erfolgsgeschichte fort, zugleich ist Deutschland europaweit Spitzenreiter in Sachen Europass Mobilität. Der Europass Mobilität dokumentiert im europäischen Ausland gesammelte Lernerfahrungen. Dabei ist es egal, ob es sich um ein Praktikum, einen Abschnitt der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder ein Auslandssemester im Studium handelt.

www.europass-info.de

<https://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7932>



Nationale Agentur
Bildung für Europa beim
Bundesinstitut für Berufsbildung
(NA beim BIBB)

Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
Tel.: 0228 107-1676
Fax: 0228 107-2964



www.na-bibb.de



Ausschreibungstermine in Erasmus+

Nur im Bereich Jugend gibt es noch eine weitere Antragsfrist am 04.10.2016.
In allen anderen Bereichen können Anträge erst wieder 2017 gestellt werden.

Ausgewählte Veranstaltungstermine

Titel der Veranstaltung	Datum / Ort	Zuständigkeit
„Adult Education in Cities and Regions – a European Perspective“	08.-09.09.2016 / Aachen	EPALE
Impulstagung zu Erasmus+: „Toleranz, Freiheit und bürgerschaftliches Engagement – Werte gegen ‚neue Mauern‘“	19.09.2016 / Berlin	gemeinsame Veranstaltung der NAs in Deutschland
Jahrestagung	04.-05.10.2016 / Potsdam	NA beim BIBB
Messeteilnahme Zukunft Personal	18.-20.10.2016 / Köln	Nationales Europass Center

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen der NA beim BIBB finden Sie unter der Rubrik „Service/Veranstaltungen“ auf www.na-bibb.de. Gemeinsame Termine werden unter www.erasmusplus.de angekündigt.

[Die Angaben basieren auf dem Informationsstand vor Drucklegung. Alle Angaben ohne Gewähr.]

Wichtige Internet-Adressen:

EU-Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/index_en.htm
Verbreitungsplattform Erasmus+: <http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects>
Europäische Projekt- und Produktdatenbank ADAM: www.adam-europe.eu
Datenbank EST: www.europeansharedtreasure.eu

Mit finanzieller Unterstützung der
Europäischen Union



Erasmus+

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung